

Perspektiven des Sozialismus oder Sozialismus ohne Perspektive?

Entwicklungstendenzen und Widersprüche in der DDR-Gesellschaft

Fragt man nach Perspektiven und Entwicklungstendenzen des Sozialismus in der DDR, so ist zunächst auszugehen vom parteioffiziellen Selbstverständnis, wie es vor allem das Parteiprogramm der SED autoritativ für die gegenwärtige Phase der *»Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft«* formuliert. Hier werden für alle Bereiche der Gesellschaft und der Politik verbindliche *Ziele und Handlungsprinzipien* festgelegt, die wichtige Ausgangspunkte für das kritische Verständnis von Soll und Ist im DDR-Sozialismus bilden. Um dem westdeutschen Beobachter einen Einblick in die Komplexität dieser Zielperspektiven (und in die besondere Sprache) der SED zu geben, sei hier eine längere zentrale Passage aus ihrem derzeit gültigen Parteiprogramm von 1976 zitiert:

»Entwickelte sozialistische Gesellschaft - d. h.

- alle materiellen, sozialökonomischen und politisch-ideologischen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Sinn des Sozialismus, alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und der anderen Werktätigen, auf ständig höherer Stufe verwirklicht wird. Entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus besteht die Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.
- eine leistungsfähige materiell-technische Basis zu schaffen, die ein stabiles Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitsproduktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht.
- Die konsequente Verwirklichung des Prinzips *»Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«* setzt neue Triebkräfte für den ökonomischen und sozialen Fortschritt frei *»...«*.
- Die Produktionsverhältnisse als Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe zwischen den Werktätigen und zwischen den Arbeitskollektiven weiterzuentwickeln und zu vervollkommen, die Kollektivität in den gesellschaftlichen Beziehungen zu verstärken.
- Die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei als führende Kraft der Gesellschaft

zu erhöhen, ihr Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der Intelligenz und allen anderen Werktätigen ständig zu festigen. Das heißt zugleich, die Annäherung aller Klassen und Schichten »...« planmäßig zu vollziehen.

- Die sozialistische Staats- und Rechtsordnung allseitig zu festigen und die sozialistische Demokratie breit zu entfalten.
- Die sozialistische Bewußtheit der breiten Massen weiter zu erhöhen, ihre marxistisch-leninistische Moral aktiv herauszubilden, Egoismus, Individualismus und andere Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie konsequent zu überwinden.
- Den Schutz des Friedens und der sozialistischen Errungenschaften jederzeit zuverlässig zu gewährleisten und bei allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik die Bereitschaft zur Verteidigung des Sozialismus zu festigen.«

Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin/DDR 1976, Kap. II)

Diese Ziele sollen das Denken und Handeln nicht nur der Parteimitglieder, sondern auch - vermittelt über die führende Rolle der Partei - möglichst vieler Menschen bestimmen. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft wird verstanden als eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft, d.h. einer »Welt des Friedens, der Arbeit, der Freiheit, der Gleichheit und Brüderlichkeit«, in der »alle Menschen ihre Fähigkeiten und Talente voll entfalten können.« (Programm der SED, 1976, Kap. V)

Bei der Verwirklichung dieser weitreichenden Zielperspektiven sieht sich die DDR heute in ihrer innergesellschaftlichen Entwicklung vor *drei große Herausforderungen* gestellt:

1. Die Entfaltung aller Produktivkräfte im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution (insbesondere in den Schlüssel- und Spitzentechnologien) und die Meisterung ihrer sozialen Folgen (stichwortartig angedeutet: neue soziale Ungleichheiten, Eliteförderung, neue Arbeitskultur).
2. Die Demokratisierung des politischen Systems, insbesondere der Abbau bürokratisch-zentralistischer Machtstrukturen, Leitungsmethoden und Bevormundung der Bürger; die volle Gewährleistung vor allem der Menschenrechte in allen Lebensbereichen, politischer Mitbestimmung und kultureller Freiheit.
3. Die Bewahrung der sozialistischen Zielperspektive als effektive Richtschnur der Politik, als motivierende Überzeugung der Bürger und als Legitimationsgrundlage des Systems.

Gewiß, es gibt zahlreiche weitere Struktur- und Entwicklungsprobleme der DDR, z.B. im Bereich des Umweltschutzes, der Weiterentwicklung des Pia-

nungs- und Lenkungssystems der Wirtschaft, der Versorgung der Bürger im Alltag, und heute vielleicht drängender denn je: die negativen Folgen der Rüstungsdynamik, der relativen Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt und der Systemkonkurrenz, besonders auf wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet. Der Blick richtet sich hier zwar auf zentrale Herausforderungen für die *innergesellschaftliche Entwicklung der DDR*; aber das bedeutet nicht, daß diese Probleme allein von innen her verursacht und lösbar sind. Die Perspektiven und Widersprüche des DDR-Sozialismus resultieren mindestens ebenso sehr aus *systemexternen Einflußfaktoren* und Abhängigkeiten, besonders im Bereich der Friedenssicherung, der Entwicklung des Militärs und der materiellen Wohlfahrt im europäischen und globalen Kontext.

Seit etwa zwei Jahren nun erhält die DDR *außerdem* entscheidende Neuanstöße aus der Reformpolitik der KPdSU unter der Führung Gorbatschows - zusätzliche Impulse und Herausforderungen, denen sich die DDR stellen muß und denen sie sich auf Dauer wohl nicht entziehen kann.

I. *Neue Anstöße von außen: Gorbatschows Reformpolitik und die DDR heute*

Für die DDR ist eine ungewohnte Situation entstanden: Die Sowjetunion, immer als Vorbild und - allerdings nicht sklavisch nachzuahmendes und nachgeahmtes - Modell gepriesen («von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen»), ist nun auf einmal nicht mehr die bremsende Kraft, wenn es um weitreichende politische und wirtschaftliche Reformen in den sozialistischen Ländern geht. Im Gegenteil, nun scheint die UdSSR Vorreiterin und Motor für eine Reformbewegung, wie sie bisher einmalig in der nachrevolutionären Geschichte der Hegemonialmacht ist. Die DDR bleibt zwar auch weiterhin »unverbrüchlich verbunden« mit dem Mutterland der Revolution; doch dieses beginnt sich selbst zu revolutionieren und damit den innenpolitischen Status quo der kleineren Mächte des Warschauer Pakts nachdrücklich in Frage zu stellen. Denn im Kern wichen die Herrschaftsstrukturen dieser Länder, die Mehrzahl ihrer Demokratie- und Effizienzprobleme in Politik und Wirtschaft nicht voneinander ab. Nun aber werden Umbau (*perestrojka*) und Öffnung oder Transparenz der Gesellschaft (*glasnost*) gefordert als Reaktionen auf die Erstarrung, die gewaltigen Wirtschaftsprobleme und Rüstungslasten, die Enge und Unbeweglichkeit der sowjetischen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten. Damit verbindet sich eine Wiederbelebung und Neuformulierung sozialistischer Zielperspektiven, realistisch und emphatisch zugleich, praxisnah und damit auf unerhörte Weise provokant. Es soll sich viel mehr als früher lohnen, für

diese Ziele zu leben und zu arbeiten. Der in sich differenzierte und vorsichtige Umgang der DDR mit diesen neuen Herausforderungen aus dem Osten sagt viel aus über Chancen der Veränderung und über das Beharrungsvermögen gesellschaftlicher Strukturen, über Entwicklungsprobleme und Widersprüche dieser sozialistischen Industriegesellschaft. Die DDR steht über kurz oder lang am Scheideweg: Folgt sie dem Programm und den praktischen Ansätzen zum radikalen Reformismus der KPdSU, oder bleibt sie beim konservativen, systemimmanent relativ erfolgreichen Reformismus der SED im letzten Vierteljahrhundert?

Die Reaktionen der DDR auf die sowjetischen Herausforderungen sind unterschiedlich in den vier zentralen Politikfeldern: Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Reformen des politischen Systems, Kulturpolitik. Volle Übereinstimmung herrscht insbesondere in Fragen der Abrüstungs- und Entspannungspolitik; von einer aktiven Friedenspolitik in Europa erhofft sich der kleinere Bündnispartner u.a. zusätzliche Legitimation und Spielräume in seiner Außenpolitik.

In der *Wirtschafts- und Sozialpolitik* steht die DDR zwar vor ähnlichen Struktur- und Effizienzproblemen, kann aber zugleich auch auf eine sehr viel bessere Erfolgsbilanz verweisen. Die DDR stimmt den sowjetischen Reformvorhaben hier grundsätzlich, wenn auch nicht in allen Punkten zu. Sehr nachdrücklich verweist sie auf das bisher im eigenen Lande Erreichte, auf seit vielen Jahren erfolgreich und kontinuierlich durchgeführte Reformen in der Organisation des Planungs- und Wirtschaftsverwaltungsapparats (insbesondere die Kombi-natsreform), auf die größere Effizienz vertikaler und horizontaler Kooperation und auf die insgesamt bessere Versorgung. In der Tat können sich die Wachstumsraten, die Steigerung der Produktivität und das Niveau der technologischen Entwicklung im Vergleich zur UdSSR sehen lassen. Und gewiß gibt es in der DDR auch weitaus weniger sozialpathologische Erscheinungen (wie Korruption, kriminelle Bereicherung im Betrieb, Bummelantentum und Verschwendung, Bürokratismus und administrativen Leerlauf, Alkoholismus) und Öde im kulturellen Angebot, und nicht zuletzt unfähige Wirtschaftskader in Massen. Vor allem aber mit den vielfältigen Wohlfahrtsleistungen des SED-Staates und seiner paternalistischen Fürsorgepolitik, die seit 1971 verstärkt als »Politik der Hauptaufgabe« unter der Leitformel der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« einsetzte, steht die DDR vielfach an der Spitze der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und kann sich auch mit anderen modernen Industrienationen im Westen durchaus messen. Weitgehende Chancengleichheit in einem einheitlichen, allgemeinbildenden Schul- und Ausbildungssystem, ein relativ hoher Durchschnitt der beruflichen Qualifika-

tion und vielfältige Weiterbildungsangebote; die nahezu vollständige Sicherheit des Arbeitsplatzes (allerdings nicht immer wie gewünscht und zunehmend schwieriger zu garantieren); hohe soziale Leistungen und Sicherheit, die sich weithin mit dem Gefühl des Versorgt- und Geborgenseins verbinden; das Wohnungsbauprogramm seit 1971; historische Leistungen in der Gleichberechtigung der Frauen; ein umfangreiches Sport- und Freizeitangebot; das kostenlose Gesundheitssystem; nicht zuletzt stabile Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnen und öffentlichen Nahverkehr; kurzum: ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit, die relativ egalitäre Bedürfnisbefriedigung und ein stabiler, wenn auch nur allmählich ansteigender Lebensstandard auf der Basis kontinuierlicher Zuwachsraten haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Gesellschaftsordnung der DDR ein hohes Maß an sichtbarer institutioneller Stabilität und vorwiegend materiell begründeter Loyalität - neben einem gewichtigen Mangel an politischer Legitimität (Stichworte: Menschenrechte, Demokratie, Freizügigkeit) - aufweist.

Umso schwieriger ist der Umgang mit den vielfältigen Vorschlägen Gorbatschows zur *Demokratisierung des politischen Systems*. Die SED-Führung reagiert mit einer Mischung aus verbalem Wohlwollen, Herunterspielen, Ablehnen von Diskussion und Abwehr. Sieben Punkte sind es vor allem, von denen jeder einzelne eine harte politische Nuß für die politischen Machthaber in der DDR darstellt:

1. *Transparenz und Kritik im öffentlichen Leben* (»glasnost«): Möglichst umfassende Information, das schonungslose Aufdecken von Funktionsmängeln und Ungerechtigkeiten; eine realistische und kritische Analyse der Entwicklung des sog. realen Sozialismus in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen, in Gegenwart und Vergangenheit; öffentliche Kritik an Partei- und Staatsfunktionsären, ja sogar an Militärs und Sicherheitskräften und ihren Institutionen, an der Heerschar leistungsschwacher Wirtschaftskader; ein Abbau der Zensur und eine relativ freie Artikulation politischer Meinungen - alle diese Momente und Schritte zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit in der UdSSR wären gewiß auch ein Desiderat für die sozialistische Demokratie der DDR. Doch sind allenfalls Ansätze in dieser Richtung sichtbar, eher vorsichtig geduldet als mit Verve von oben gefordert und gefördert.

2. *Die Reform des politischen Systems als Bedingung für grundlegende Wirtschaftsreformen*: Wie im »Prager Frühling« von 1968 und in der »Solidarnosc«-Periode in Polen 1980/81 gibt die Führung der KPdSU politischen Reformen den gleichen, wenn nicht einen höheren Rang als schnellen Wirtschaftsreformen.

Freiheit der Kritik, der Diskussion von Alternativen für optimale Problemlösungen, informierte und selbständig urteilende Staatsbürger (mindestens die gut ausgebildeten unter ihnen), mehr Verantwortung und wirkliche Mitbestimmung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens - das sind Prinzipien des politischen Umbaus und der Aktivierung der sowjetischen Gesellschaft, die die DDR in der Theorie unterstützt, aber in der Praxis, im Sinne wirklicher Demokratisierung keineswegs beherzt. Die SED verweist gegenüber den sowjetischen Herausforderungen vielmehr darauf, daß sich die bisherige Form und Praxis sozialistischer Demokratie in der DDR bewährt habe und überdies ständig weiterentwickelt werde. Kontinuität und nicht Umbruch, die Dominanz des Bürokratischen gegen eine wachsende Partizipation »von unten« sind hier noch immer vorherrschend. Wirtschaftsreformen habe man kontinuierlich und ohne politische Erschütterungen vollzogen.

3. *Partei- und Staatsapparat als Verantwortliche:* Neu ist in der Sowjetunion auch, wie die Parteiführung selbst die Apparate der beiden Hauptsäulen der Macht, aber auch die Massenorganisationen und die regionalen Verwaltungen unmittelbar verantwortlich macht für eine Fülle kleinerer und größerer Mängel. Weithin treten die bisherigen Erklärungen und Beschuldigungen mit dem Verweis auf »objektive Bedingungen« oder das »Versagen Einzelner« oder »unzureichende Erfüllung an sich funktionsgerechter Normen« in den Hintergrund, und der Verweis auf die unmittelbare Verantwortung der Kader auf allen Ebenen, auf unzureichendes Management und auf vielfach strukturell verfestigtes bürokratisches Fehlverhalten rückt in den Vordergrund.

4. *Die Aktivierung der Bürger für Reformen gegen konservative Kräfte vor allem im Herrschaftsapparat* ist vorläufig kein Thema für die DDR. Gewiß, die politische Kultur der Sowjetunion, die Einstellungen und Verhaltensmuster der Bürger sind insgesamt sicher sehr viel konservativer als in den osteuropäischen Staaten und zumal in der stark westorientierten DDR. Politische Apathie, Gleichgültigkeit, Entpolitisierung und - oft auch räumliche - Distanz zum zentralen Machtapparat sind in der Sowjetunion viel ausgeprägter, aber in der DDR noch prinzipiell ähnlich vorhanden. Die Forderung nach dem eigenverantwortlich handelnden, politisch engagierten und aktiven, selbstbewußten und kritischen Bürger, der für Reformen und gegen dogmatisches Denken kämpft, ist daher auch für die DDR legitim. Die letzten Jahre haben hier in der DDR gewiß Fortschritte gebracht, die Bürger haben immer eigenständiger und kritischer über Politik und Gesellschaft nachgedacht und dies - wenn auch meist privat oder halböffentlich - artikuliert; die relative »Öffnung« in jüngster Zeit,

die Toleranz gegenüber den kritischen Anfragen der evangelischen Kirche und der Friedensbewegung; die Bereitschaft, nicht jede Kritik als staatsfeindlich anzusehen und den Kritiker politisch zu verdächtigen - all das sind wichtige erste Schritte auf dem Weg zu einer demokratischen politischen Kultur. Gleichwohl konnte oder wollte die DDR-Führung bisher nicht schneller vorgehen oder eine Öffnung zulassen.

5. *Der massenhafte Austausch leitender Kader auf allen Ebenen* ist wohl eine der tiefgreifendsten Reformen unter Gorbatschow, weil er unmittelbar die Machtpositionen der etablierten Schicht, einzelner Funktionäre wie informeller Gruppierungen, berechenbare Muster der Karriereplanung und der Elitenrekrutierung in Frage stellt. Nicht nur eine Verjüngung des immer greisenhafter wirkenden Politbüros, nicht nur ein Austausch traditionell und akademisch besser geschulter Nachwuchskader gegen altgediente Bürokraten, sondern gerade auch deren veränderte politische Ausrichtung, »neue Mehrheiten« für den Reformkurs Gorbatschows, eine größere praktische Offenheit für die Verbindung von Demokratie und Leitung werden angestrebt und in vielerlei Hinsicht bereits realisiert. Dem gegenüber steht eine sehr kontinuierliche Erneuerung der DDR-Machtelite wie nahezu aller Kader in den verschiedenen Machtapparaten. Mindestens nach außen wirkt der Machtapparat politisch homogen und diszipliniert; Richtungskonflikte werden allenfalls in Spuren öffentlich erkennbar; die Disziplin unter der Führung eines zwar alternden, aber handlungsfähigen Kerns von Altfunktionären im Politbüro, umgeben von jüngeren (ca. 55-65jährigen) Spitzenfunktionären überwiegt ganz eindeutig, und eine Änderung dieses Kurses ist auch nicht sichtbar.

6. *Demokratische Wahlen* in Staat und Partei, im Betrieb wie für die Sowjets sind wohl der sensationellste Vorschlag Gorbatschows. Hochqualifizierte Fachleute und Nichtkommunisten sollen leitende Positionen einnehmen können, Belegschaften sollen sich ihre Direktoren, Bürger zunächst mindestens ihre Mächtigen vor Ort selber relativ frei und alternativ auswählen können! Nicht zuletzt diese Forderung ließ die etablierten Bürokraten in der gesamten Sowjetunion erzittern, das ZK bremste ab, der Weg zu demokratischen Wahlen auf gesamtstaatlicher Ebene scheint noch weit. Gleichwohl gibt es vielfältige Beispiele für demokratische Wahlen in Betrieben und Kolchosen, auf lokaler und regionaler Ebene, deren Dynamik schwer abschätzbar ist. Und dieser Vorschlag ist es denn auch, der bisher in der DDR offiziell auf den geringsten Widerhall stieß.

7. *Menschenrechte und ein größeres Maß an Freiheit für eine kritisch-loyale Opposition* sind eine weitere wichtige Forderung im Reformprogramm Gorbatschows. Der tolerantere Umgang mit Dissidenten, die Duldung einer Vielfalt oppositioneller Gruppen, allgemein eine Zunahme der Meinungsvielfalt und -freiheit, eine Fülle öffentlicher Kontroversen, aber auch die Freilassung politischer Gefangener und eine liberalere Ausreisepraxis - all das fügt sich ein in das Bild einer ernsthaft angestrebten, aber schwierigen Demokratisierung im Rahmen sozialistischer Strukturprinzipien. Auch wenn die DDR in mancher Hinsicht weniger restriktiv gegen oppositionelle Kräfte vorging als der KGB, so gibt es doch gerade auch in diesem Punkt weiterhin wichtige Desiderate und Forderungen, von denen die SED-Führung bisher wenig oder nichts wissen will. Zwar verfuhr sie im letzten Jahrzehnt in einzelnen Bereichen oder Fällen pragmatischer oder liberaler als früher; aber eine grundlegende politische Reform in diesem Sinne hält sie nicht für nötig, auch wenn dies der Bürger anders sieht.

Neue Freiheiten im kulturellen Bereich, besonders in den Sparten Film, Theater, Literatur, Bildende Kunst, haben einen hohen Stellenwert in der sowjetischen Reformpolitik wie für das Bestreben, die städtische Intelligenz für sich zu gewinnen. Die Produkte dieser neuen Freiheit bleiben Interessierten in der DDR nicht verborgen. Bei aller Auflockerung und begrenzten Autonomie der Kulturszene in der DDR stellt der Umbruch in der UdSSR dennoch eine Herausforderung dar, der sich die SED bisher weitgehend verschließt, der sie aber im eigenen Interesse sehr viel großzügiger begegnen könnte.

Insgesamt reagiert die DDR vor allem abwehrend, abwiegelnd und konservativ auf die sowjetischen Reformvorstellungen für den politischen, ideologischen und kulturellen Bereich, weil sie andere Strategien der Systemstabilisierung, der gesellschaftlichen Integration und der wirtschaftlichen Effizienzsteigerung als erfolgreicher und weniger risikvoll ansieht, gestützt auf die eigenen Erfahrungen der letzten Jahre. Die DDR hat die Strategie eines strukturkonservativen Reformismus im Gegensatz zum radikalen Reformismus der Sowjetunion gewählt.

Bei allen Unterschieden in der letzten Zeit *stimmen KPdSU und SED jedoch darin überein, daß bestimmte Kernstrukturen und -prinzipien des Herrschaftsystems nicht angetastet werden sollen:*

- die führende Rolle der Partei;
- nahezu ausschließlich gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und überwiegend zentral gesteuerte Planwirtschaft;
- das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus;
- das Verbot eines organisierten politischen Pluralismus innerhalb der Partei

und erst recht in der Form eines Systems von mehreren Parteien, die in freien Wahlen um die Macht konkurrieren;

- der offizielle öffentliche Geltungsanspruch der Parteiideologie des Marxismus-Leninismus und des Prinzips der führenden Rolle der Arbeiterklasse.

So sehr manche dieser Prinzipien in der sowjetischen Reformdiskussion aufgelockert und in der Praxis mindestens ansatzweise schon flexibler gehandhabt werden, so sehr gehören diese Kernstrukturen - und das gilt erst recht für die DDR - zu den gleichsam selbstverständlichen strukturellen Grenzen jeder Reformpolitik in beiden Ländern. Außerdem bleibt der sicherheits- und außenpolitische Führungsanspruch der Sowjetunion erhalten. Allerdings räumt sie - und das ist eine wichtige Neuerung - viel stärker als früher jedem der kleineren osteuropäischen Länder einen erheblich größeren Spielraum ein zu entscheiden, in welcher Weise sie den neuen sowjetischen Reformkonzepten folgen will. *Die spezifisch konservative Reaktion der DDR im politisch-ideologischen und kulturellen Bereich (im Gegensatz etwa zu Polen) erklärt sich u. a. aus einer Reihe von systemspezifischen Faktoren:*

- die eigenen Erfolge im Bereich der Wirtschaftsreformen und einer paternalistischen Fürsorge- und Wohlfahrtspolitik;
- die größeren Potentiale der Unzufriedenheit in der Bevölkerung und eine insgesamt sehr viel weniger konservative politische Kultur;
- die größeren Legitimationsprobleme des politischen Systems;
- die ständige Auseinandersetzung bzw. Konfrontation mit der Bundesrepublik Deutschland, die die Bürger wesentlich besser informiert und zugleich stärker orientiert sein läßt am Westen und dadurch insgesamt ein kritisches Potential für die Problembereiche Konsum, Menschenrechte, Freizügigkeit, Friedenssicherung schafft;
- die spezifische sicherheitspolitische Funktion im Zentrum Mitteleuropas und an der Westflanke des Warschauer Paktes.

Die DDR befindet sich also insgesamt in einer z. T. deutlich anderen Situation, die im Unterschied zur UdSSR viel stärker durch innenpolitischen Problemdruck als durch eine fast krisenhaft zugespitzte wirtschaftliche Lage, extreme Rüstungslasten und außenpolitische Verstrickungen (Afghanistan) gekennzeichnet ist.

Die Reaktion der DDR auf diese Herausforderungen der sowjetischen Reformpolitik macht aber auch - bei aller offensichtlichen Stabilität im Sichtbaren - die oft nicht so augenfälligen Entwicklungsprobleme und Widersprüche in der DDR selbst deutlich.

II. *Herausforderung Nr. 1: Entfaltung aller Produktivkräfte, bürokratische Herrschaft und sozio-ökonomische Widersprüche*

Ein wesentliches *Ziel* der sozialistischen Revolution und des »entwickelten Sozialismus« ist die Entfaltung aller Produktivkräfte der Gesellschaft: »Gesetzmäßig« und »in den richtigen Proportionen« sollen sich Produktion und Distribution, menschliche Arbeitskraft und Qualifikationen, Wissenschaft und Technik optimal entwickeln - genauso aber auch alle produktiven Kräfte, wie sie aus guter Organisation, Planung und Leitung, aus demokratischer Mitwirkung und sozialistischem Bewußtsein, aus neuen solidarischen und kollektiven Sozialbeziehungen in allen Lebensbereichen resultieren. Der Sozialismus soll die Bedingungen schaffen für die Entwicklung einer allseitig gebildeten Persönlichkeit, die nicht nur ihre materiellen, sondern auch ihre kulturellen und psycho-sozialen Bedürfnisse voll befriedigen, all ihre individuellen und gesellschaftlichen Fähigkeiten voll entfalten kann.

Doch bei der Realisierung dieses Ziels einer größtmöglichen Entfaltung aller menschlichen Produktivkräfte entwickelt der sog. reale Sozialismus in der DDR seinen *Grundwiderspruch*: Struktur und Praxis bürokratischer Herrschaft verhindern das Erreichen dieses Ziels sehr viel mehr als sie es fördern. Die extrem hohe Konzentration politisch-administrativer, ökonomischer und ideologischer (kulturell-normativer) Verfügungsgewalt in den Händen der vereinigten Exekutiven von Partei, Staat und Massenorganisationen, die Vorherrschaft der Partei; eine weithin immer noch starre, in ihrer Wirkung, aber nicht in ihrem Geltungsanspruch eingeschränkte Parteiideologie; das geringe Maß an Selbst- und Mitbestimmung im öffentlichen Leben für die Bürger, die intensive Durchdringung der meisten Bereiche des öffentlichen Lebens durch die Bürokratie; die vielfältigen Widersprüche zwischen Entfremdung im Öffentlichen und kaum kontrollierter Privatheit, von propagandistischer Harmonisierung und latenter Unzufriedenheit, zwischen öffentlichen Denkverböten und persönlichem Denkvermögen kritischer Bürger; die relative Freiheit der Kommunikationslinien nach draußen und die sich nur allmählich lockernden Beschränkungen der Freizügigkeit - all dies und vieles andere mehr steht einer größtmöglichen Entfaltung *aller* Produktivkräfte entgegen.

Diesen Grundwiderspruch sieht die politische Führung der DDR nicht. Gewiß, sie räumt Probleme und begrenzte, sog. nicht-antagonistische Widersprüche in der Entwicklung des Sozialismus ein, hält diese aber grundsätzlich für lösbar. Ihr eigenes Konzept für die Entfaltung der Produktivkräfte und für die Zukunftsgestaltung stützt sich zentral auf einen *Fortschrittsglauben*, der auf die Segnungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, auf

Wachstum und Spitzentechnologien setzt. Gert-Joachim Glaebner stellt dazu fest:

Die Politik der SED - aber auch anderer regierender kommunistischer Parteien - ist heute dadurch gekennzeichnet, daß sie kaum noch in der Lage ist, langfristige gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln und diese in praktische Politik umzusetzen. Die meisten Entscheidungen, die getroffen werden, sind das Ergebnis aktueller Forderungen und sozialer Bedürfnisse. Sie sind im Grunde mittel- und kurzfristige Entscheidungen und ihre Natur nach nicht von der Art, daß sie die soziale und ökonomische Struktur der sozialistischen Systeme erneut transformieren könnten ... In diesem Zusammenhang gewinnt das Projekt »wissenschaftlich-technische Revolution« seine Bedeutung: Es stellt den Versuch dar, den gesellschaftlichen und politischen Zielverlust aufzufangen.'

Die DDR selbst versteht die *wissenschaftlich-technische Revolution (WTR)*-so das »Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus« - als

—, y
eine qualitativ neue Etappe in der Entwicklung der Produktivkräfte, als die Gesamtheit der revolutionären Veränderungen in den gegenständlichen Grundlagen der produzierenden und der nichtproduzierenden Bereiche. Die WTR wird verstanden als ein objektiver gesellschaftlicher Prozeß, in dem die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet wird. All das beeinflußt das Leben der Menschen, verändert ihre Arbeit, ihre Freizeit, ihre Bildung, ihre Kultur und Lebensweise.² „

In den 60er Jahren wurde die WTR ganz überwiegend als ein Veränderungsprozeß in den Bereichen Technik, Wissenschaft (»Hauptproduktivkraft«), Rationalisierung und Arbeitsorganisation mit durchweg positiven sozialen Folgen (höheres Bildungsniveau, attraktivere Inhalte der Arbeit, verbesserte Aufstiegschancen, »neue sozialistische Lebensweise«*) gesehen. Die Entwicklung der Gesellschaft erschien fast ohne Probleme politisch und ökonomisch steuerbar, sozial harmonisch und politisch krisenfrei. Heute ist die WTR nicht mehr nur ein technokratisch verkürztes Konzept zur Steuerung der Ökonomie und technologischer Innovation, sondern »ein politisches Konzept«, das die Basis bildet für eine integrierte Planung und Lenkung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, also auch in der sozialen und kulturellen Dimension mit Legitimationsfunktion für das politische System und von entscheidender Bedeutung im internationalen Systemwettbewerb, der letztlich die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus demonstrieren soll.³ Die DDR versucht also einerseits, allzu hochgesteckte Zielperspektiven realistisch zu reduzieren, ökonomisches Wachstum weniger extensiv, sondern durch Intensivierung der Produktion zu erreichen und daraus resultierende soziale Probleme nicht einfach zu verdrängen. Sie versucht ande-

rerseits, ausgehend von einem umfassenderen Begriff des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, an einer konkreten Utopie, einer integrierten Zielkultur festzuhalten, die der Gesellschaft eine qualitativ dem Kapitalismus überlegene Entwicklungsperspektive gibt und zugleich - vor allem auf der Basis hoher wirtschaftlicher und sozialer Leistungen - dem Herrschaftssystem mindestens Massenloyalität, wenn schon nicht demokratische Legitimität sichert.

Doch die Herausforderung der DDR besteht in diesem Bereich nicht nur darin, die Produktion möglichst schnell und umfassend zu rationalisieren, Spitzentechnologien zu entwickeln und sich international als konkurrenzfähig zu erweisen. Sondern es geht auch darum, die problematischen sozialen Folgen der WTR im Kontext einer sozialistischen Entwicklung der Sozialstruktur zu meistern.

Die Entwicklung der Sozialstruktur: gesteuerter Wandel und ungelöste Widersprüche

Blicken wir kurz zurück auf einige *Hauptlinien des Wandels der Sozialstruktur* im Zuge industriegesellschaftlicher Anpassung und bewußter, politisch gesteuerter sozialistischer Transformation seit dem zweiten Weltkrieg. So stand zunächst in einer »antifaschistisch-demokratischen Phase« bis zur Gründung der DDR die Entfernung von NS-Funktionären und NS-Parteigenossen aus einflußreichen Positionen und die Säuberung des öffentlichen Lebens von nationalsozialistischen Einflüssen im Vordergrund. Am wichtigsten war jedoch die Entmachtung der alten bürgerlichen Eliten im Zuge der Verstaatlichung und Kollektivierung in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen bis 1961 (mit Ausnahme des Handwerks und Restbereichen der Industrie). Die alten Eliten wurden weitgehend ausgetauscht gegen neue im Sinne der SED politisch zuverlässige Kader, die vor allem aus der Schicht der Arbeiter und Bauern, der kleinen Angestellten und nicht mehr so sehr der »alten Intelligenz« kamen. Neue Aufstiegschancen, nicht nur auf der Basis politischer Zuverlässigkeit und der Bewährung im Parteiapparat, sondern zunehmend durch qualifizierte Aus- und Fortbildung, eine fast explosive Vermehrung von Fachschul- und Hochschulkadern in Führungspositionen waren kennzeichnend vor allem seit den 60er Jahren. Neben der starken Fluchtbewegung in den Westen waren und sind die Annäherung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, die Herausbildung einer - im Vergleich zur BRD - relativ egalitären Sozialstruktur (vor allem durch staatliche Umverteilung) und eine relativ hohe soziale Mobilität (innerhalb wie zwischen den Generationen) kennzeichnend für die sozial-

strukturelle Entwicklung bis weit in die 70er und 80er Jahre hinein. Andererseits erhält die Intelligenz im wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Bereich, im Zuge der Rationalisierung und Intensivierung des Wirtschaftsprozesses und mit steigendem Gewicht der Qualifikationen aus dem tertiären Bildungsbereich eine immer größere Bedeutung. Ja, die Intelligenz »droht« zunehmend zum Hauptreservoir für die Rekrutierung von Führungskräften zu werden, so daß sich die SED schon seit längerem gezwungen sieht, »die führende Rolle der Arbeiterklasse« ideologisch, politisch und ökonomisch vielfältig abzusichern. Anfang der 70er Jahre wurde wieder stärker die klassenbewußte Auseinandersetzung mit unerwünschten sozialen Erscheinungen (z. B. materielle Privilegierung der JÜandwerker, falsche Harmonisierung der Gesellschaft als »sozialistische Menschengemeinschaft« unter Ulbricht) betont. Zwar wurden bestimmte Differenzierungsprozesse, vor allem aufgrund besserer Bildungs- und Berufsqualifikation, bejaht; aber zugleich wurde ideologisch-begrifflich die Annäherung der Klassen und Schichten betont (z. B. werden ca. 90% der Bevölkerung inzwischen offiziell zur Arbeiterklasse gerechnet). In den letzten Jahren gab es wiederholt einen Aufnahme-stop für die Intelligenz bzw. Quoten bei der Aufnahme von neuen Parteimitgliedern zugunsten der Arbeiterklasse. Die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen wurde Ende der 70er Jahre um ca. 1/4 reduziert und die Zulassung zum Hochschulstudium wieder verstärkt sozial gesteuert.

Spätestens *seit Beginn der 80er Jahre* steht die DDR - nicht zuletzt als Ergebnis der WTR - vor wachsenden Problemen, das hohe Maß sozialer Sicherheit und weitgehend gleiche Ausbildungs- und Aufstiegschancen für alle angesichts zahlreicher neuer (erwünschter und unerwünschter) sozialer Differenzierungen zu gewährleisten. Seit Beginn der 80er Jahre argumentieren einige führende Soziologen der DDR, allen voran Manfred Lötsch, daß sich bestimmte *soziale Ungleichheiten*, neu nach Herkunft und Qualität, in der sozialistischen Gesellschaft der DDR entwickeln und in bestimmtem Umfang erhalten bleiben (müssen und nun auch: sollen).⁴ Zwei Jahrzehnte lang war in der DDR die Auffassung vertreten worden, Arbeiterklasse und Intelligenz würden sich dank des ständigen Anstiegs des Qualifikationsniveaus der Arbeiter und wegen der immer geringeren Unterschiede in den Arbeitsinhalten einander annähern. Lötsch bezweifelt nun, ob dieser Annäherungsprozeß sich tatsächlich so vollzieht, ja vollziehen könne. Denn immer mehr werde die Tätigkeit der Intelligenz durch viele Verwaltungs- und Routinearbeiten belastet, sei nicht mehr eigentlich schöpferische oder leitende Tätigkeit, die durchweg Hoch- bzw. Fachschulausbildung erfordere. So ergäbe sich eher »eine Annäherung durch Nivellierung nach unten«. Angesichts der ständig steigenden Anforde-

rangen der WTR, insbesondere für die Bereiche Wissenschaft und Hochtechnologien, komme es daraufan, besondere Begabungen frühzeitig zu erkennen und systematisch zu fördern, durch gezielte Kaderauslese eine wissenschaftliche Elite zu fördern, die innovative und kreative Spitzenleistungen vollbringen könne. Lötsch prognostiziert eine Qualifikationsstruktur, nach der nur noch ca. ein Viertel der Werk tätigen Hoch- bzw. Fachschulkader seien, zwei Drittel dagegen Facharbeiter oder auch nur angelernte Arbeiter. Diese Entwicklung sei durch die Entwicklung der Produktionsstruktur vorgezeichnet und werde u.a. dazu führen, daß immer mehr Angehörige der Intelligenz auch unmittelbar in der materiellen Produktion tätig sein werden. Sowohl innerhalb der Arbeiterklasse wie auch innerhalb der Intelligenz werde eine innere Differenzierung sich nach Bildung und Qualifikation ergeben. Sie werde entscheidend begründet und verstärkt durch die Forderung nach einem hohen Leistungsniveau und nach Spitzenleistungen, die angemessen - und das heißt unterschiedlich - materiell belohnt werden müssen.

Faktisch werden hier, so meine Interpretation, neue »funktionale« soziale Ungleichheiten nach Bildung, Arbeitsbedingungen und -inhalten, nach Einkommen und Aufstiegschancen, nach Einfluß und Teilhabe an der Macht gerechtfertigt - und dies nicht einmal mit schlechtem Gewissen. Nicht mehr Eigentumsverhältnisse und Klassenunterschiede stehen im Vordergrund der Diskussion, sondern die Frage nach Begründung und Ausmaß sozialer Ungleichheiten, vor allem aber ihre positive und produktive Funktion als »soziale Triebkräfte«. Denn, so wird argumentiert, die Entlohnung nach dem Leistungsprinzip, die materielle Interessiertheit und die Chancen für Aufstieg und relative Privilegierung schaffen unterschiedliche Interessenlagen und so etwas wie eine produktive Binnenkonkurrenz zwischen Individuen und Gruppen, die insgesamt neue produktive und kreative Kräfte freisetzen.

*Nicht nur zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, sondern auch innerhalb dieser beiden großen Gruppen zeichnen sich also Differenzierungsprozesse ab. Belwe und Klingner gehen sogar so weit, aus veränderten Arbeitsanforderungen, Qualifikations- und Tätigkeitsprofilen das Auseinanderdriften der Arbeiterklasse in eine »Rationalisierungselite« und eine Art »neuem Proletariat« der weniger Qualifizierten festzustellen bzw. zu prognostizieren.⁵ Die verstärkte Betonung des Leistungsprinzips erfordert auch die *Entwicklung einer »neuen Arbeitskultur«.*⁶ Erhöhte Leistungs- und Qualitätsanforderungen, Rationalisierung und Automatisierung, neue Technologien und Leitungsmethoden fordern von den Werk tätigen veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen. Die geringere Produktivität der eingesetzten Arbeitskräfte im Vergleich zur Bundesrepublik*

rührt u. a. daher, daß das Arbeitstempo und die Ausschöpfung des kollektiven und individuellen Arbeitspotentials, die Arbeitsorganisation und die strikte Anwendung der Regeln einer »Ökonomie der Zeit« sich oft nicht auf einem Niveau befinden, das den neuen Anforderungen gerecht wird. Das hohe Maß an sozialer Sicherheit, eine weithin quasi garantierte Prämienzahlung; ein weit verbreiteter Mangel an Motivation für besonderen Einsatz und Innovation; unzureichende materielle Anreize, die mit einem entsprechenden Konsumgüterangebot einhergehen müßten; bürokratische Bevormundung und fehlende Spielräume für Eigeninitiative und Verantwortung, die wiederum zu Gleichgültigkeit und einem Abschieben von Verantwortung nach oben führen; weit verbreitete Ineffizienz in den ArbeitsaffTäufen und mangelnde Qualität der Produktion, z. B. weil es an Material, Transportmöglichkeiten oder Arbeitskräften fehlt, daraus resultierender Leerlauf, Verschwendung und mehr oder weniger erzwungene (oder auch gern hingegenommene) Bummelei am Arbeitsplatz, die wiederum teilweise ein »langsames« und angenehmeres Arbeiten ermöglicht, aber den Leistungsorientierten und Innovativen nicht befriedigt bzw. fördert; insbesondere auch der oft nicht qualifikationsgerechte Einsatz von Arbeitskräften (man schätzt ca. 25%); ferner solche »pathologischen« Erscheinungen wie Alkoholismus, Wirtschaftskriminalität und in die »zweite Ökonomie« umgelenkte Energien und Ressourcen - all das steht im Widerspruch zu den Postulaten nach individuellen und kollektiven Spitzenleistungen, nach Durchrationalisierung aller ökonomischen Abläufe, d. h. z. B. auch der Freisetzung von Arbeitskräften, vor allem aber der schnellen Innovation im Produktionsbereich. Diese neuen Herausforderungen dürften sich stark auswirken auf die in der Geschichte der DDR gewachsenen System- und schichtspezifischen Sozialbeziehungen am Arbeitsplatz, in der Brigade und im Betrieb - jene spezifische Mischung aus effizienter Kooperation und augenzwinkerndem laissez-faire, aus echter Solidarität und Stress-Gemeinschaft in der Planerfüllung; aus-geschickter Selbstpräsentation nach oben und realistisch-zynischem Bewußtsein drinnen, aus egalitärer Kameradschaft und herrschaftlicher Durchdringung (wie es allerlei Auflagen, Kontrollen und norm-bzw. karrierebewußte Parteimitglieder wollen), aus persönlichen Freundschaften und - gelegentlich libertärer und alkoholbeschwingter - Geselligkeit. Diese Lebenswelt, hier pointiert und verallgemeinernd zugleich skizziert, könnte durch die Mechanismen strikt effizienzorientierter Arbeitsorganisation und die Betonung individueller Leistung in vielerlei Hinsicht in Frage gestellt werden, ohne daß die Richtung dieser langfristig vermutlich tiefgreifenden Änderungen jetzt schon erkennbar wären.

Doch wächst in der DDR, insbesondere im Bereich der evangelischen Kirche, zugleich auch die Kritik an extremer Leistungsorientierung, an Ökonomismus und Konsumismus, am Wachstums- und Zahlenfetischismus der staatlichen Planer, an einem Technokratentum und an Wertorientierungen, die sich immer mehr dem kapitalistischen Vorbild nähern, auch wenn die zugrundeliegenden Strukturen und Zielsetzungen ganz andere sind. Immer stärker auch rücken die ökologischen Folgeprobleme sichtbar und fühlbar für alle Bürger, verstärkt durch öffentliche Diskussion und organisierte Aktivitäten, in den Vordergrund. Objektiv und subjektiv stellt sich immer nachdrücklicher die Frage, worin der spezifisch sozialistische Charakter und die Überlegenheit, der Industriegesellschaft der DDR gegenüber dem westlichen Modell bestehe.'

Insgesamt können die Entwicklungstendenzen und Widersprüche des DDR-Sozialismus in diesen Problemfeldern zunächst durch den Grundwiderspruch zwischen bürokratischer Herrschaft und der Entfaltung aller Produktivkräfte charakterisiert werden. Bürokratische Fesseln der Wirtschaftslenkung und -Organisation hemmen Initiativ- und Verantwortungsbereitschaft, Innovationsfähigkeit und kreative Spitzenleistungen. Der Anstieg des Lebensstandards, die bessere Befriedigung der Konsumansprüche und höhere Sozialleistungen, z.B. für Rentner, stehen heute im Widerspruch zu den Lasten der Rüstung, der ökologischen Folgen expansiver Industrialisierung, einer unzureichenden Effizienz und Kapitalkraft, eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften in bestimmten Sparten und wachsender externer Abhängigkeit nach Ost und West. Die Annäherung der Klassen und Schichten, das Streben nach Gleichheit steht im Widerspruch zu neuen sozialen Ungleichheiten, die als funktional notwendig und daher zum Teil als wünschenswert dargestellt werden. Damit steht nicht nur die Realisierung der sozialistischen Zielperspektive in Frage, sondern auch diese Ziele selber.

III. *Herausforderung Nr. 2: Demokratisierung und kritische Öffentlichkeit*

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich das Herrschaftssystem der DDR zwar nicht in seinen Kernstrukturen verändert, wohl aber in der Art und Weise der Machtausübung, in einer begrenzten Öffnung der Herrschaftsapparate hin zur Gesellschaft, in einer kontrollierten Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger. Schließlich ist auch ein Prozeß der politischen Differenzierung formeller und informeller Aktivitäten verschiedener Akteure zu beobachten.

Die DDR war und ist kein von der Partei oder der Obrigkeit totalitär-perfekt-kontrollierter Staat, heute weniger denn je. Gewiß, die Macht der »Sicher-

heitsorgane« (oder besser der mindestens potentiellen Repression) ist auch im Jahr 1987 kaum gebrochen, und nach wie vor dient der Zwang der vorbeugenden Einschüchterung und der Absicherung des Herrschaftssystems und seiner Träger gegen offene politische Opposition. Doch die allgemeine Rechtssicherheit im Alltag verstärkt sich, die repressiven Züge bürokratischer Herrschaft schwächen sich allmählich ab, bleiben aber weiter deutlich spürbar. Mauer und Reisebeschränkungen, ein politisches Strafrecht mit zahlreichen Generalklauseln, eine politisch gesteuerte Justiz und vielfältige Sanktionsmöglichkeiten der Mächtigen gegenüber unbotmäßigen Bürgern bleiben wichtige Kennzeichen des Herrschaftssystems.

Über all dem darf man jedoch nicht vergessen, daß Partei und Staat der Gesellschaft und dem Bürger nicht nur einfach befehlen können, daß sie auf ihre *Mitwirkung*, auf ihre Fähigkeiten und ihr Spezialwissen, auf eine nicht nur erzwungene Loyalität, sondern auf ein Stück Überzeugtsein und Identifikation mit positiven Aspekten des DDR-Sozialismus angewiesen sind. Experten und Fachleuten werden verstärkt an politisch-administrativen Entscheidungsprozessen beteiligt (»konsultativer Autoritarismus« nannte dies Peter Chr. Ludz). Die Partei übt zwar weiter ihre Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft aus, bedient sich jedoch flexibler Kontrollmethoden, fungiert stärker als Koordinatorin und Vermittlerin vielfältiger sozio-ökonomischer und institutioneller Interessen, und versucht, den Informationsfluß von unten nach oben zu verbessern. Sehr begrenzt haben sich auch die *Partizipationschancen der Bürger* in den letzten Jahren erhöht: Lebhaftere und offenere Diskussion im Betrieb, in den Basiseinheiten der Gewerkschaften, der Partei(en) und einzelner Massenorganisationen; in den kommunalen und regionalen Volksvertretungen, ihren Kommissionen und Aktivs; immer größere Bedeutung erlangt das Eingabe- und Beschwerdewesen. Umweltaktivitäten sollen in der im Frühjahr 1980 gegründeten »Gesellschaft für Natur und Umwelt« im Kulturbund der DDR zugleich angeregt und kanalisiert werden. Wiederbelebt wurde die »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB) seit Herbst 1982. Heute ist sie als alte und zugleich neue »sozialistische Massenorganisation« (»politische Massenarbeit in den Dörfern«) verstärkt repräsentiert in den Volksvertretungen (Erhöhung der Mandate auf kommunaler Ebene um 70%; Schaffung einer neuen Fraktion in der Volkskammer mit 14 Sitzen). Der Aktivierung des gesellschaftspolitischen Engagements dient auch eine gewisse Belebung der Basisaktivitäten der vier anderen Parteien neben der SED. Neben »alten« Formen der politischen Mobilisierung von oben und einer neuen aktiveren, aber immer noch sehr integrativen Partizipation von unten haben sich jedoch Ansätze zu einer informellen kritischen Öffentlichkeit verstärkt entwickelt, nicht

zuletzt aufgrund zahlreicher in Form und Inhalt neuer Aktivitäten vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche. Diese Entwicklung wurde gewiß nicht von der SED initiiert und zielbewußt gesteuert, vollzog sich aber in einem letztlich von der Partei gesetzten politischen Rahmen.

In den letzten beiden Jahrzehnten konnte und wollte die DDR-Führung immer weniger verhindern, daß die Bürger das westliche Fernsehen intensiv nutzten, und Millionen von Besuchern hin und her für den freimütigen Austausch über das Leben und die Systeme in Ost und West sorgten. Seit Beginn der 80er Jahre verstärkt sich jedoch die kritische Reflexion (das ist nicht identisch mit offener politischer Opposition) über die gesellschaftliche Entwicklung der DDR. Neben mehr oder weniger gut organisierten Gruppen sind es vor allem die privaten Freundeskreise, die zahlreichen informellen Zirkel und Diskussionsrunden, in denen vielleicht kritischer als früher über Soll und Haben des Sozialismus in der DDR nachgedacht wird. Die evangelische Kirche als »Kirche im Sozialismus« stellt nicht etwa die führende Rolle der Partei oder den sozialistischen Staat in Frage, sondern vielmehr einzelne, wenn auch sehr gewichtige Erscheinungen des öffentlichen Lebens in der DDR. Eine organisatorisch zwar schwache, aber für das öffentliche Denken einflußreiche Friedensbewegung unter ihrem Dach; kritische Anfragen, ob denn der Faschismus in der DDR wirklich angemessen bewältigt sei; die Aktivitäten und Schriften ökologisch interessierter und feministisch orientierter Gruppen; die nicht leicht kanalisierbaren Impulse informeller subkultureller Kleinszenen und einer immer vielfältigeren Jugendkultur, die sich vom offiziell Vorgesehenen fernhält; eine Literatur, die die Gesellschaft immer realistischer, aber sicherlich nicht so optimistisch wie die offizielle Kunstdoktrin und vorwiegend in der Perspektive des Subjektiv-Individuellen reflektiert, oder aber sich auch ganz von der Gesellschaft zurückzieht in neuer ästhetischer Freiheit⁸. Diese *neuen Entwicklungen in der politischen Kultur der DDR, eine sich allmählich entwickelnde kritische Öffentlichkeit, mehr oder weniger geduldete »autonome« Aktivitäten*, gleichsam unterhalb und neben dem, was den Bürgern täglich aus den staatlich lizenzierten Massenmedien entgegenkommt, stellen ein wichtiges Moment des politischen Wandels in der DDR im letzten Jahrzehnt dar. Nicht nur die Synoden der evangelischen Landeskirchen, sondern zunehmend auch die einzelnen Bürger artikulieren Unzufriedenheit über den Mangel an Freizügigkeit und Freiheit des politischen Meinungsstreits, über die Militarisierung der Gesellschaft und die unzureichende »Bewältigung« des Faschismus, über verdrängte ökologische Gefahren oder gar Katastrophen, über bürokratische Bevormundung oder mangelnde Kontrolle und Transparenz der Entscheidungen des Herrschafts- und Verwaltungsapparats, und immer noch und im-

„er wieder: über Versorgungsmängel, über eine mangelnde Infrastruktur für die Lösung von Alltagsproblemen, über eine allzu sehr politisch gesteuerte Erziehung, über den Mangel an Ehrlichkeit, über organisierte Langeweile und Ritualisierung im öffentlich Kundgegebenen. Dies alles ist gewiß keine Protestbewegung oder gar die Formierung einer breiten politischen Opposition; aber immer mehr artikuliert sich ein bisher weitgehend latentes Potential der Unzufriedenheit und die Suche nach Alternativen. Immer selbstbewußter üben Bürger eine realistische, keineswegs einfach antisozialistische oder gar prokapitalistische Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR, solidarisch mit dem Land im ganzen und an bestimmten sozialistischen Grundwerten und -prinzipien orientiert - womöglich (objektiv) auf dem Wege, den bürokratischen Sozialismus in einen demokratischen umzuwandeln, mit dem frischen Wind der sowjetischen Reformpolitik im Rücken.

Doch in puncto Demokratisierung gehen die sowjetischen Reformkonzepte qualitativ einen entscheidenden Schritt über das hinaus, was auch die SED als ihr Ziel proklamiert: die *Weiterentwicklung sozialistischer Demokratie*. Auch der politischen Führung der DDR kommt es darauf an, Eigenverantwortung und -initiative zu stärken, die Qualifikationen der Menschen besser zu nutzen, ihre Mitwirkung zu stimulieren und paternalistisch-fürsorglich auf ihre Wünsche und Interessen einzugehen. Aber für die SED bleibt alles Bemühen um sozialistische Demokratie eingebettet in das umfassendere Bemühen um Effizienzsteigerung und Herrschaftssicherung, um Legitimität und vorbeugendes Krisenmanagement. Einer umfassenden Demokratisierung in der DDR stehen nicht nur die erwähnten strukturellen Hindernisse entgegen, sondern auch, mittlerweile tief verankert in der politischen Kultur, ein *hohes Maß politischer Entfremdung*, der Entpolitisierung und Apathie, des stillschweigenden Sichabwendens vom politischen System, der Abwehr eines Übermaßes an Propaganda und Mobilisierung, der übermäßigen Inanspruchnahme von oben. Ebenso ist man skeptisch oder zynisch gegenüber bloß verbalen äußerlichen Loyalitätsbekundungen. Vorherrschend ist aber vor allem ein ausgeprägter Privatismus, d.h. die Orientierung auf Familie, Freunde und informelle Aktivitäten, die insgesamt zu dem charakteristischen »doppelten Bewußtsein«, dem Neben-, Gegen- und zugleich auch Ineinander von öffentlich und privat Gesagtem und Gedachten führen. Dieser nicht nur für die DDR charakteristische Widerspruch der politischen Kultur im bürokratischen Sozialismus dürfte in der Tat nur aufzuheben sein, wenn es der SED-Führung gelingt, durch eine wirkliche Demokratisierung aller Lebensbereiche, durch die volle Gewährleistung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit die Bürger - in einem mehr oder minder entwickelten und organisierten politi-

sehen Pluralismus - so aktiv werden zu lassen, daß sie sich das Öffentliche wieder aneignen, die Macht ihnen nicht mehr als ein vor allem Fremdes gegenübertritt.

IV. *Herausforderung Nr. 3: Die Wahrung der sozialistischen Zielperspektive und das Ringen um Legitimität*

Die parteioffizielle Ideologie des Marxismus-Leninismus fungiert nicht mehr nur als Mobilisierungs-, Kampf- und Kontrollinstrument, sondern dient heute stärker der allgemeinen Wertorientierung, der Gesellschaftsdeutung und politischen Rechtfertigung. Rationale Momente, z.B. das der Wissenschaftlichkeit, für die Anleitung zum »Aufbau des Kommunismus«, weniger aber die utopischen Momente werden hervorgehoben. Einerseits dürfte sich wohl ein bestimmter Kernbestand oder »Bodensatz« von sozialistischen bzw. parteiideologischen Denkmustern, Normen, Begriffen und Annahmen als Raster der Wahrnehmung und als Wertesystem etabliert haben. Politisch gehört dazu die grundsätzliche Akzeptanz eines nicht-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, der paternalistischen Fürsorge des Staates und nicht zuletzt der Stolz auf das Erreichte wie auf die relative Spitzenstellung der DDR im östlichen Lager. Die Bevölkerung hat im Zuge politischer Sozialisation und angesichts unleugbarer Leistungen (auch der Führenden) *einzelne* positive Aspekte des Systems immer stärker akzeptiert. Bestimmend dafür ist oft weniger innere Überzeugung als die Macht der Tatsachen und Alltagserfordernisse, Gruppenolidarität und der Wunsch nach mindestens partieller Identifikation mit der eigenen Arbeit und Leistung. Ein *begrenzter Grundkonsens* trägt als »Massenloyalität« (nicht als demokratische Legitimität!) eine Herrschafts- und Entwicklungspraxis, die zunehmend weniger auf Zwang angewiesen ist.⁹ *Legitimationsgrundlagen* sind wohl vor allem ökonomische und soziale Leistungen, die Identifikation mit dem eigenen Land und das internationale Prestige, sozusagen ein gebrochener und halbiertes Patriotismus im geteilten Deutschland.

Die Verarbeitung der Ideologie und des Alltags in politischen Einstellungen und Verhaltensweisen ist gekennzeichnet durch vielfältige Widersprüche. Im Vordergrund steht der Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch und parteioffiziellem Selbstverständnis der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und den gesellschaftlichen Realitäten und tatsächlichen Verhaltensweisen von Herrschenden und Beherrschten andererseits. Der marxistisch-leninistischen Ideologie mangelte es in der DDR immer an theoretischer Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit in der Praxis. Sie erzeugte nicht nur in ihren Inhalten, son-

dem auch durch die Art ihrer Vermittlung eher Skepsis und Abwehr, vor allem gegenüber allzu schönfärberischer Propaganda und befohlenen Schulungen («Rotlichtbestrahlung»). Das Weghören ist mindestens so verbreitet wie das Hinhören. Kennzeichnend für das Alltagsverhalten vieler Menschen ist ein »heimlicher Lebensplan«, der eine Mischung aus Konformität nach außen, punktuellen oder partiellem Überzeugtsein, gespaltenen Gefühlen oder gelangweilter Kenntnissnahme des offiziell Verlautbarten besteht. Der Bürger befindet sich objektiv und meist auch subjektiv, bewußt oder nicht, in permanenter Auseinandersetzung mit dem öffentlich Behaupteten und Geforderten - und dies auch noch dort, wo man verneint oder im Privaten anderes sucht.

Ein zweiter Widerspruch, der zunehmend wichtiger wird: sich abgrenzen oder sich öffnen, ideologischer Klassenkampf oder Dialog über die ideologischen Grenzen hinweg? Für einige Jahrzehnte war diese Alternative ein unauflösbarer Widerspruch in der Politik, im Verhalten der offiziellen Repräsentanten der DDR und in der Definition von friedlicher Koexistenz, die ausdrücklich den ideologischen Bereich ausschloß. Die eigene Identität, schwierig genug zu definieren im geteilten Deutschland, sollte vornehmlich durch Abgrenzung, durch demonstrierte Überlegenheit und durch kämpferische Kritik in der nationalen und internationalen Klassenaueinandersetzung sowie in der wirtschaftlichen Systemkonkurrenz erreicht werden. Doch in den letzten beiden Jahren vollzieht sich hier ein wichtiger Wandel, der in *dem gemeinsamen Papier von SED und SPD vom September 1987* seinen markantesten, fast sensationellen Ausdruck fand. Dieses Papier ist zweifellos ein Durchbruch für einen konstruktiven Dialog der Bürger und der politischen Eliten in beiden deutschen Staaten. Beide Seiten verzichten keineswegs auf ihre grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Überzeugungen, auf ihr Verständnis von Demokratie und friedlichem Fortschritt. Aber beide Seiten sehen angesichts einer drohenden Nuklearkatastrophe und der Sinnlosigkeit weiterer Rüstung, angesichts der vielfältigen unerfüllten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse in beiden Ländern, in Ost und West, ja in der ganzen Welt, die Notwendigkeit, die Kooperation und den Dialog im Respekt voreinander zu intensivieren. Dabei wird dem anderen System grundsätzlich Reform- und Friedensfähigkeit, die Fähigkeit zur rationalen Auseinandersetzung zuerkannt und die konstruktive Fortentwicklung gut nachbarschaftlicher Beziehungen auf *allen* Ebenen angestrebt.

Die DDR scheint auch im ideologischen und kulturellen Bereich, im praktischen Umgang mit ihren Bürgern wie mit ihren Gegnern pragmatischer und flexibler zu werden. Sie öffnet sich jenen Tendenzen der Moderne, zumal in solchen Bereichen wie Musik, Mode, Unterhaltung und bestimmten Kunst-

und Architekturformen, die nicht mehr einfach als Produkte des Kapitalismus abqualifiziert werden können. Den Klassenkampftranszendierende, allgemeine Überlebensziele und -notwendigkeiten der Menschheit gewinnen für die Sicht auch grundlegender politischer Probleme und ideologischer Konflikte zunehmend an Bedeutung. Dies wirkt sich fruchtbar in neuen Ansätzen zu einem systemübergreifenden Dialog aus.

Überblicken wir noch einmal das skizzierte Spektrum von Entwicklungstendenzen und Widersprüchen. Die zahlreichen ungelösten Strukturprobleme und Zielkonflikte, die vielfältigen Formen politischer Entfremdung, die Dynamik sich immer deutlicher artikulierender Unzufriedenheit, brüchig gewordene Kontroll- und Integrationsmechanismen, aber auch die Notwendigkeit, Leistungsmotivation zu schaffen und steigende materielle Ansprüche zu befriedigen, werfen die Frage auf: *Wie kann dieser bürokratische Sozialismus mit seinen Tendenzen zu ideologischem Pragmatismus und Technokratentum, zur Befriedung durch paternalistische Fürsorgepolitik und allmähliche Systemöffnung eine spezifisch sozialistische Perspektive und - im Kontext der Geschichte und Teilung Deutschlands - seine eigene Identität (weiter-)entwickeln, und damit insgesamt »als System« tatsächlich überlegen, mindestens aber attraktiver für seine Bürger werden?* Immer stärker wird der Glaube an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Frage gestellt. Gert-Joachim Glaebner stellt dazu fest:

Für ein Gesellschaftssystem, an dessen Wiege die Vorstellung gestanden hat, bewaffnet mit der wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse seien die Gesetze von Natur und Gesellschaft erkennbar und beherrschbar, und das diesen Anspruch bis heute nicht aufgegeben hat, ist dies eine fatale Situation. Relevante Gruppen der von ihr künstlich geschaffenen »sozialistischen« Intelligenz haben begonnen, sich von der tradierten Fortschrittsgläubigkeit des Marxismus-Leninismus zu verabschieden. Dies geschieht in einer historischen Situation, in der zwei Gewißheiten der marxistisch-leninistischen Parteien bereits erschüttert sind: die, daß dem Sozialismus (sowjetischer Typus) weltweit die Zukunft gehört und die, daß sich der »reale Sozialismus« als das ökonomisch leistungsfähigere System erhalten werde. Mehr noch: Selbst das Ziel der kommunistischen Gesellschaft des materiellen Überflusses erscheint angesichts der schon heute erkennbaren ökologischen Folgen einer Strategie, die auf die Entfesselung der materiellen Produktivkräfte setzt, nicht mehr als unhinterfragtes verheißungsvolles Ziel.¹⁰

V. *Perspektiven des Sozialismus - Sozialismus ohne Perspektive?*

Bisher konnten nur einige Entwicklungstendenzen und Widersprüche angedeutet werden; schon gar nicht kann dieser Beitrag eine Bilanz von Soll und Haben des sog. realen Sozialismus in der DDR erstellen. Gerade wenn man

meint, bestimmte Momente des Herrschaftssystems und der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR kritisieren zu müssen, muß man sich der **Gefahren** eines solchen **Urteils von außen**, aus der eigenen Systemperspektive heraus, bewußt sein:

1. Vielfach wird die DDR viel zu wenig historisch und ideologisch, materiell und kulturell aus ihren eigenen Voraussetzungen und Ansprüchen, aus ihrem eigenen Verständnis und eigenen Widersprüchen heraus verstanden.
2. Oft werden die relativen Leistungen der Bürger und der politisch Verantwortlichen in einer bestimmten historischen, ökonomischen und geographischen Situation, abhängig von, der Sowjetunion und in vieler Hinsicht von vornherein im Nachteil gegenüber dem größeren Bruder im Westen, zu wenig anerkannt, der berechtigte Stolz vieler DDR-Bürger auf das trotz vieler Widrigkeiten drinnen und draußen, von ihnen Geleistete nicht recht verstanden.
3. Allzu vorschnell wird oft die Überlegenheit des eigenen Systems in kurzschlüssigen Systemvergleichen festgestellt. Oft fehlt es da nicht nur an Informationen, sondern auch an methodischem Bewußtsein, wie unterschiedlich die quantitativ-statistische Erfassung hüben und drüben ist, wie komplex die Indikatoren und Maßstäbe in einem solchen Vergleich sein müssen, wie schwierig die unterschiedlichen Wertorientierungen und Gesellschaftsverständnisse in Ost und West einfach gegeneinander gehalten bzw. zur Urteilsgrundlage gemacht werden können.

Wer über die Perspektiven des Sozialismus in der DDR nachdenkt, der muß sich zunächst einmal die faktischen **Ergebnisse und Potentiale der bürokratisch-sozialistischen Umgestaltung dieser nachfaschistischen Gesellschaft** in Erinnerung rufen:

- das relativ hohe Maß an sozialer und ökonomischer Gleichheit, die Chancengleichheit von Jungen und Mädchen, von Arbeiter- und Bauernkindern gegenüber anderen für Bildung und Aufstieg (mit vor allem politisch-ideologisch motivierten Ausnahmen und illegitimen Privilegien);
- das hohe Maß an sozialer und Arbeitsplatzsicherheit;
- die umfangreichen, oft kostenlos in Anspruch genommenen, aber kollektiv finanzierten »Infrastrukturleistungen« des Staates, die Lebensstandard und -qualität in der DDR heute wesentlich mitbestimmen;
- die unbestreitbaren Erfolge in der Gleichberechtigung der Frauen, vor allem in materiell-beruflicher Hinsicht, auch wenn traditionelle Formen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, Berufswahl und Verteilung politischer Macht noch fort dauern;¹¹

- neue soziale und mindestens ansatzweise sozialistische Einstellungen und Verhaltensweisen im Arbeitskollektiv, im nachbarschaftlichen Zusammenleben und in spezifischen Formen der Solidarität, wenn auch oft als Reaktion auf »Druck von oben«; die große Bedeutung, die die meisten Menschen Freundschaften und der Möglichkeit zum offenen, intimen Gespräch, der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit beimessen - in einer Gesellschaft, in der das Haben zwar auch sehr wichtig ist, aber doch aufstrukturelle Grenzen stößt;
- eine ökonomische sowie wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit, die bei allen Unzulänglichkeiten in der Organisation und Praxis des Wirtschaftssystems dennoch einen relativ hohen Standard im R G W erreicht hat - vielleicht nicht hoch genug, um in Zukunft wirklich konkurrenzfähig gegenüber dem kapitalistischen Westen zu sein;
- das Potential der marxistischen Theorie zur kritisch-dialektischen Durchdringung gesellschaftlicher Realität und die Entwicklung eines sozialistischen Wertehorizonts - zugleich innerhalb und ganz im Gegensatz zur dogmatisierten, oft zum verbalen Ritual verkommenen parteioffiziellen Ideologie und Propaganda;
- nicht zuletzt aber in den letzten Jahren: die sich intensivierende Bereitschaft zu einer konstruktiven Entspannungs- und Friedenspolitik, zu einer Politik des Dialogs und der Kooperation, die erste Erfolge zeitigt.

Diese - wie ich meine - positiven Potentiale können hier nur pauschal und stichwortartig angedeutet werden. Sie sind Grund genug, dem anderen deutschen Staat und seinen Bürgern bei aller berechtigten Kritik doch nicht den nötigen Respekt zu versagen und ihre Widersprüche noch besser verstehen zu lernen, um dort, wo gemeinsame Interessen sichtbar werden, in Kommunikation und Kooperation anknüpfen zu können.

Welche Perspektiven sich für den Sozialismus in der DDR auf der Basis dieser Potentiale im Kontext nationaler und internationaler Entwicklungen aufzutun, ist kaum vorhersagbar. Hier stoßen Sozialwissenschaftler an ihre Grenzen und vermögen - zwar informiert und begründet, doch letztlich ohne Übersicht über die Fülle sich ständig verändernder Einflußfaktoren - nur zu spekulieren. Gleichwohl, der politisch Interessierte und der wissenschaftlich neugierige Analytiker sollte sich nicht ganz einer Aussage darüber enthalten, welche Entwicklungen er für wahrscheinlich hält, welchen Perspektiven er kaum Aussicht gibt.

Mit allem Vorbehalt also lasse ich mich auf solche Vermutungen ein. Ich kann mir für die Zukunft vier »Szenarien« der Entwicklung in der DDR vorstellen:

- 1 Eine konservative Verhärtung des Herrschaftssystems, der Herrschenden und der Herrschaftsmethoden, der Ideologie und der Praxis der Machtausübung, eine Wiederbelebung der Politik der internationalen Konfrontation und der feindseligen Propaganda - dies erscheint möglich (wenn auch eher unwahrscheinlich) - besonders dann, wenn Gorbatschows Reformpolitik scheitert und/oder die internationale Konfrontation wieder zunimmt, ja intersystemare Konflikte manifest und gewaltsam ausbrechen.

2. Die Fortsetzung des konservativ-pragmatischen Reformismus der bisherigen Politik der SED und die Verstärkung der wohlfahrtsstaatlichen Züge einer ökonomisch prosperierenden sozialistischen Industriegesellschaft. Bisher ist es der DDR-Führung gelungen, ein stabiles institutionelles Gefüge und ein relativ leistungsfähiges Wirtschaftssystem, die sozioökonomische Absicherung und die Integration der Gesellschaft durch eine Mischung aus bürokratischer Kontrolle und Pragmatismus im Alltag zu erreichen. Ich halte es für am wahrscheinlichsten, daß die SED-Führung ihre relativ erfolgreiche Entwicklungsvariante eines - wie ich es nenne - sozialistischen Paternalismus ausbaut und mit einer vorsichtigen, sorgfältig dosierten Öffnung (und vielleicht auch partiellen Demokratisierung) des Systems verbindet. So könnte die prekäre Stabilität und die »schwierige Identität« der DDR auch bei einer nicht leicht beherrschbaren, unübersichtlichen Dynamik der eigenen innergesellschaftlichen wie der innerdeutschen und internationalen Entwicklung gewährleistet bleiben.

Eine solche Entwicklung scheint mir wahrscheinlicher zu sein als der Übergang zu einer radikalen Reformpolitik der Demokratisierung von Politik und Wirtschaft.

3. **Radikaler demokratischer Reformismus unter Beibehaltung der Kernstrukturen des sozialistischen Herrschaftssystems.** Sollte die Reformpolitik, wie sie Michail Gorbatschow konzipiert und propagiert hat, erfolgreich in die Praxis umgesetzt werden - und das ist sicher ein Vorhaben für viele Jahre mit großen Widerständen und Widersprüchen -, dann kann sich die DDR wohl auf längere Frist nicht dem Sog und der Attraktivität des sowjetischen Vorbilds entziehen: ob, wann und wie sie dies im einzelnen tun wird, welche systemspezifischen Probleme im mitteleuropäischen und deutsch-deutschen Kontext sich hier ergeben, all das kann man im Augenblick kaum vorhersagen. Meiner Einschätzung nach eröffnet die sowjetische Reformpolitik erstmals die **Möglichkeit**, nicht nur geduldet, sondern geradezu gefördert durch die Sowjetunion, eine eigenständige Reformpolitik mit dem Ziel eines huma-

nen und demokratischen Sozialismus zu entwickeln. In ganz neuer Weise könnte der alte Slogan »von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen« Impuls und Innovation bedeuten. Ein solcher Radikalreformismus scheint jedoch im Augenblick für die DDR mit solchen Risiken behaftet, seine Zukunftsaussichten in der Sowjetunion so unsicher, die Formen und Perspektiven seiner Entwicklung im eigenen Lande in Theorie und Praxis noch so unklar, daß man kurzfristig nicht mit großen Schritten in dieser Richtung rechnen darf. Kleine Schritte, der besonderen Situation und dem sozio-ökonomischen Entwicklungsstand der DDR angepaßt, scheinen mir gleichwohl wahrscheinlich im Sinne eines kontrollierten Experiments, einer selektiven Reformpolitik auf Widerruf.

4. *Systemwandel durch Demokratisierung.* Sozialistische Demokratie soll hier verstanden werden als stabile Struktur und als lebendig-widersprüchlicher Prozeß einer permanenten Demokratisierung aller Lebensbereiche. Sozialistische Demokratie müßte m.E. insbesondere einschließen: die Entwicklung eines demokratischen Planungs- und Leitungssystems der Wirtschaft auf der Basis der Vorherrschaft gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln, aber mit sehr viel stärker entwickelten Marktelementen und einem leistungsfähigen privaten Sektor, besonders im Dienstleistungsbereich; organisierter politischer Pluralismus, am ehesten in der Form eines Mehrparteiensystems und auf der Basis der vollen Gewährleistung insbesondere der politischen Menschenrechte; volle Informations- und Meinungsfreiheit sowie ein sehr viel höheres Maß an realer Mit- und Selbstbestimmung in allen wichtigen öffentlichen Institutionen; Rechtsstaatlichkeit und materielle soziale Gerechtigkeit; Abbau des Patriarchalismus und Autoritarismus als prägender Momente sozialer Beziehungen. Weitere wichtige Elemente und Schritte zu einer Demokratisierung des politischen Systems sind ein grundlegender Wandel des theoretisch-ideologischen Selbstverständnisses, die Aufgabe des dogmatisierten Geltungsanspruchs und Wahrheitsmonopols der Partei bzw. des Marxismus-Leninismus; die Modifikation partizipations-, konflikt- und kritikfeindlicher Programmpunkte und Organisationsprinzipien, ganz zu schweigen von der Praxis ihrer Handhabung. Ein solcher Systemwandel dürfte nur möglich sein bei einem entsprechenden Strukturwandel des sowjetischen wie des internationalen Systems, auf der Basis weitreichender Abrüstungsvereinbarungen und einer erfolgreichen Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit, die Konfliktpotentiale in Ost und West substantiell abbaut. Gewachsene Strukturen und Interessen, ideologische Gegensätze und militärische Drohpotentiale, die Denkmuster

und Verhaltensweisen von Herrschenden und Beherrschten müßten sich tiefgreifend wandeln. Dies ist allenfalls langfristig vorstellbar, d.h. dieses Szenario wird sich in nächster Zukunft kaum einstellen, vielleicht nicht einmal in diesem Jahrhundert.

Im Augenblick geht es aber weniger um solche sehr langfristigen Perspektiven des Sozialismus (und des Kapitalismus), des Mit- und Gegeneinanders der beiden deutschen Staaten in Europa, sondern um eine Verstärkung jener Potentiale und Perspektiven in Ost und West, die strukturell und auf der Ebene faktischer Beziehungen, alltäglicher Kommunikation und konkreter Einzelschritte die Chancen für ein friedliches Zusammenleben erhöhen - nicht nur durch den Abbau von Konfliktpotentialen *zwischen* den Gesellschaften und Staaten, sondern auch *innerhalb* deren Grenzen. Es geht um die gemeinsame Perspektive einer Demokratisierung und Humanisierung von Gesellschaftssystemen, und das heißt für die DDR: um kleine Schritte des Wandels vom bürokratischen zum demokratischen Sozialismus. Eine realistische Perspektive von drinnen und draußen kann und darf nicht auf die DeStabilisierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zielen, sondern muß im gegenseitigen Respekt und Interesse für möglichst günstige Bedingungen und praktikable Maßnahmen zur Verbesserung des innergesellschaftlichen Dialogs wie der zwischenstaatlichen Kooperation sorgen. Es geht darum, jene in ihrer Hoffnung zu bestärken, die meinen, auch und gerade in der DDR sei der Sozialismus keineswegs historisch abgegolten oder gar polemisch: obsolet geworden, sondern enthalte - um mit Ernst Bloch zu sprechen - den Vorschein eines »Noch-Nicht«, das trotz aller Widrigkeiten eine humane Perspektive als konkrete Utopie enthält - realisierbar vielleicht nicht morgen, aber doch übermorgen, womöglich, wenn auch bruchstückhaft, noch zu unseren Lebzeiten.

Anmerkungen

¹ Gert-Joachim Glaebner, Wissenschaftlich-technische Revolution - Intelligenz - Politik in der DDR. In: Tradition und Fortschritt. (Edition Deutschland - Archiv) Köln 1986, S. 11-28, hier S. 15.

² Vgl. Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus. Berlin/DDR 1984, S. 417.

³ Ich stütze mich hier auf die Interpretation Glaebners, a.a.O.: S. 16/17.

⁴ a) Manfred Lötsch, Arbeiterklasse und Intelligenz in der Dialektik von wissenschaftlich-technischem, ökonomischem und sozialem Fortschritt. In: DZfPh, 33. Jg. (1985), 4.1, S. 31-41.

b) Manfred Lötsch, Sozialstruktur und Wirtschaftswachstum. Überlegungen zum Problem sozialer Triebkräfte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. In:

Wirtschaftswissenschaft, 29. Jg. (1981), 4.1, S. 56-69.

Bei Glaeßner und Belwe/Klinger (s.u.) weitere Literaturhinweise.

- ⁵ Vgl. den Beitrag von K. Belwe und F. Klinger: Der Wert der Arbeit - Aspekte des sozialen Wandels in der industriellen Arbeitswelt der DDR. In: Tradition und Fortschritt, a.a.O.: S. 61-68.
- ⁶ Vgl. Glaeßner, a.a.O.: S. 22-26.
- ⁷ Vgl. F. Klinger, Soziale Auswirkungen und lebensweltliche Zusammenhänge der sozialistischen Rationalisierung. In: Lebensbedingungen in der DDR. (Edition Deutschland-Archiv) Köln 1984, S. 23-36.
- ⁸ Vgl. dazu den Beitrag von Jürgen Schröder in diesem Band, sowie Antonia Grunenberg: Entgrenzung und Selbstbeschränkung. Zur Literatur der DDR in den achtziger Jahren. In: APuZ, B40-41/1987, S. 3-14.
- ⁹ Zum Unterschied von Massenloyalität und demokratischer Legitimität vgl. Gerd Meyer, Bürokratischer Sozialismus. Stuttgart 1977, S. 27-29; außerdem G. Meyer, Die politische Elite der DDR. In: DDR (Red. H.-G. Wehling). Stuttgart 1983, S. 92-117.
- ¹⁰ Vgl. Glaeßner 1986, a.a.O.: S. 26.
- ¹¹ Gerd Meyer/Kirsten Rohmeis, »Kontrollierte Emanzipation«. Thesen zu Patriarchalismus und Paternalismus im politischen System der DDR. In: Tradition und Fortschritt 1986, a.a.O.: S. 102-117.